

ALBANIEN

Muslime: 38,8 Prozent
Christen: 35,4 Prozent
Religionslose: 25,6 Prozent
Sonstige: 0,2 Prozent

513 000 Katholiken

Fläche: 28 748 qkm (etwa so groß wie Brandenburg)
Einwohner: 3 170 000

Bereits in der Präambel und dann detailliert in den Artikeln 10 und 24 dekretiert die albanische Verfassung von 1998 das Recht auf Religionsfreiheit und ebenso die Gleichbehandlung aller Religionen durch den Staat, der auch ihren rechtlichen Status anerkennt. Herzliche Beziehungen zwischen den verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen haben zu einer generell positiven Atmosphäre in diesem Land beigetragen. Es gibt keine ausdrückliche Staatsreligion, alle Religionen sind in den Augen der staatlichen Behörden gleich und in den Schulen gibt es keinen Religionsunterricht.

Die Mehrheit der christlichen Gläubigen gehört entweder zur Albanischen Autokephalen Orthodoxen Kirche oder zur katholischen Kirche. Religiöse Gruppen müssen sich nicht registrieren lassen und die vorherrschenden Religionen (Orthodoxe, Katholiken, sunnitische Muslime und die Bektaschi-Muslimgemeinschaft) genießen viele offizielle Privilegien und ein besonderes Prestige – das ist ihrer historischen Präsenz in der Region geschuldet. Dennoch dürfen alle religiösen Gruppen Bankkonten eröffnen und Land und Immobilien besitzen.

Es gibt sehr wenige Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft, etwa 600, und es gibt keine Synagogen oder aktive Gebetszentren.

Im Jahr 2007 wurde in der streng katholischen Region Shkodër (Scutari) eine Kontroverse über die Errichtung einer Statue zu Ehren der Seligen Teresa von Kalkutta, die eine Albanerin war auch wenn sie in Mazedonien geboren wurde, erfolgreich gelöst. Einer der Führer der lokalen Muslimgemeinschaft hatte anfangs kritisiert, dass die Statue auf öffentlichem Land stehen sollte, wo Mutter Teresa doch zu den Heiligengestalten der katholischen Kirche gehöre. Dagegen hatte die nationale Führung der albanischen islamischen Gemeinschaft ihre Zustimmung zu dieser Initiative ausgedrückt, weil Mutter Teresa eine wichtige Persönlichkeit für das ganze Land sei und der religiöse Glaube hierbei keine Rolle spiele. Am Ende zog die islamische Gemeinde von Shkodër ihre Beschwerde zurück und schloss sich der Meinung ihrer Gemeinschaft auf nationaler Ebene an.

Am 12. Januar berichtete der *Osservatore Romano* über einen Zwischenfall um die Zerstörung eines Kreuzes, das auf einem Hügel über Bushat in Nordalbanien errichtet worden war. Dieser Akt des Vandalismus, der während des muslimischen Opferfestes (zwei Monate und zehn Tage nach dem Ende des *Ramadan*, während der Zeit der Pilgerfahrten nach Mekka) war in der Tat Teil eines andauernden Streits zwischen der katholischen Gemeinde in diesem Dorf und den Muslimgemeinden in den angrenzenden Dörfern, die kein Kreuzifix am hinteren Ende ihres Tals haben wollten.

Am 30. September berichtete dieselbe Quelle über die Ansprache von Papst Benedikt XVI am 29. September in Castel Gandolfo gegenüber dem neuen albanischen Botschafter am Heiligen Stuhl Rrok Logu. Der Papst betonte die Ernsthaftigkeit, mit der die Regierung in Tirana die Vervollständigung der Gesetzgebung zur Regulierung ihrer Beziehungen mit den religiösen Gruppen im Land anstrebt. Er drückte auch seine Wertschätzung für die Anstrengungen zur Lösung des schwierigen Problems der Rückgabe und Entschädigung für die Besitztümer, die das kommunistische Regime von den verschiedenen religiösen Gruppen konfisziert hatte, aus. Besonders die katholische Kirche, die autokephale orthodoxen Kirche, die sunnitischen Muslime und die Bektaschi-Muslimgemeinschaft waren betroffen.

Am 5. Dezember 2007 berichtete der *Osservatore Romano* über die Unterzeichnung eines *Zusatzes zur bereits bestehenden Vereinbarung von 2002* zwischen dem Heiligen Stuhl und Albanien über finanzielle und wirtschaftliche Fragen, die zwei Tage zuvor durch den albanischen Finanzminister Ridvan Bode in dessen Räumen in Tirana und Monsignore Giovanni Bulaitis, dem apostolischen Nuntius in Albanien, stattgefunden hatte. Diese Vereinbarung stellt vor allem Regeln für den fiskalischen Status der Institutionen der katholischen Kirche auf.